

Kantonsrat

## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 8. September 2025  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

### **B 49 Datendrehscheibe und Informationssystem Objektwesen (OWG) – objekt.lu; Entwurf Gesetz über die Datendrehscheibe und das Informationssystem Objektwesen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

#### **1. Beratung**

Für die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) spricht  
Kommissionspräsident Michael Kurmann.

Michael Kurmann: Die RUEK hat die Botschaft B 49 in ihren Sitzungen vom 19. Mai und 30. Juni 2025 beraten. Die Kommission ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten und stimmt dem Entwurf eines Gesetzes über die Datendrehscheibe und Informationssystem Objektwesen (OWG) grossmehrheitlich und in der Schlussabstimmung einstimmig zu. Mit objekt.lu wird der Lebenszyklus von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen digital, effizient und konsistent erfasst und zugänglich gemacht. Bislang war der Datenaustausch zwischen Gemeinden und Kanton vielfach redundant, unkoordiniert und mit hohen Schnittstellenkosten verbunden. Mit der neuen Lösung werden: Doppelspurigkeiten beseitigt und Daten am Entstehungsort einmalig erfasst, Zugriffe vereinfacht, Gemeinden und Kanton haben einen einheitlichen Zugang, Kosten reduziert, nur noch eine Schnittstelle ist notwendig, Mehrwert für die Gemeinden geschaffen, insbesondere in den Bereichen Steuerwesen, Einwohnerkontrolle, Finanz- und Erbschaftswesen sowie Betriebsamt. Die Kommission begrüsst, dass der Kanton die Aufbaukosten sowie den Betrieb der Datenscheibe trägt. Die Betriebskosten des Informationssystems werden zwischen Kanton und Gemeinden hälftig geteilt, für die Gemeinden heisst das jährlich rund 200 000 Franken nach Einwohnerzahl. Dies erscheint der Kommission fair und angemessen. Wesentlich war für die Kommission die Diskussion um Datenschutz und Datensicherheit. Dabei wurde der Grundsatz «Open by Default» hochgehalten. Öffentliche Daten sollen diskriminierungsfrei zugänglich bleiben, nicht öffentliche Daten nur für Berechtigte. Die Protokollierung ist gesetzlich verankert. Aus der Kommission wurden keine Anträge zuhanden des Kantonsrates gestellt. Ein Antrag, auch für öffentliche Daten eine Registrierungspflicht vorzusehen, wurde mit 10 zu 3 Stimmen abgelehnt. In der Ratsdebatte liegen jedoch verschiedene Anträge vor, etwa zur Rückweisung, zur Einschränkung bei der Datenverknüpfung, zur Protokollierung und Löschfristen oder erneut zur Registrierungspflicht. Die Kommission hat diese Fragen bereits vertieft diskutiert und kommt zum Schluss, dass die vorliegende Lösung die richtige Balance zwischen Transparenz, Datenschutz und Praktikabilität wahrt. Die Mehrheit sieht in zusätzlichen Einschränkungen keinen Mehrwert, sondern eher eine Gefährdung des Prinzips

von Open Data. Die begleitende Kommunikation, wie sie über die Medienmitteilung der Kommission erfolgt ist, unterstreicht den klaren Konsens. Objekt.lu ist ein Beitrag zum digitalen Wandel und schafft die Grundlage für einen zukunftsgerichteten, effizienten Datenaustausch. Die Kommission hat beschlossen, mit Fraktionssprechenden zu arbeiten, und eine Medienmitteilung veröffentlicht. Ich bitte Sie, den Anträgen der Kommission zu folgen.

Für die SVP-Fraktion spricht Sandra Meyer-Huwyler.

Sandra Meyer-Huwyler: Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein. Wir haben uns mit der Botschaft B 49 vorgängig sehr intensiv auseinandergesetzt. Die Entstehung dieser Botschaft hat ja schon einen längeren Weg hinter sich. Grundsätzlich begrüssen wir das neue, zentrale Informationssystem objekt.lu und den Datenaustausch, der für die Integration und Verwaltung von elektronischen Daten aus verschiedenen Quellen verwendet wird. Die Plattform bietet eine Lösung, wie Daten an einem einzigen Ort bezogen werden können. Somit werden Prozesse vereinfacht und optimiert. Das Informationssystem hilft, Daten zu zentralisieren, den Datenaustausch zu vereinfachen und auch aktuelle und zuverlässige Daten zu erhalten. Die Gemeinden sowie auch der Kanton werden sicher davon profitieren. Eher kritisch beurteilen wir die vielen verschiedenen Schnittstellen der Gefässe, welche Daten an die zentralen Objektsysteme liefern. Was passiert, wenn ein Datenleck entsteht und sensible vertrauliche Informationen ungewollt offengelegt werden? Es ist sehr wichtig, umfassende Sicherheit und Datenschutzmassnahme umzusetzen, denn Datenlecks entstehen durch technische Schwächen, menschliche Fehler oder böswillige Angriffe. Bereits in der Vernehmlassung haben wir uns schon dahingehend geäussert, dass uns der Datenschutz wichtig ist, und es richtig ist, dass nur ausgewählte Personen Zugriffsrechte auf die nicht öffentlichen sensiblen Daten erhalten. Gleichzeitig vermissen wir auch einen Datenschutz bei den weniger sensiblen Daten. Die Frage stellt sich auch hier: Wer definiert und bestimmt, welche Daten sensibel und welche nicht schützenswert sind und auf die jeder Zugriff hat. Darüber können wir endlos diskutieren und jeder hat eine andere Wahrnehmung. Tatsache ist, dass auch mit der Grundstückgrösse, dem Baujahr, den Stockwerken von Gebäuden und der Lage schon vieles offengelegt ist, und mithilfe von künstlicher Intelligenz (KI) sogar der Wert eines Gebäudes ermittelt werden kann. Aus unsere Sicht ist das ein Eingriff in die Privatsphäre von jedem einzelnen. Das Recht auf Anonymität und Privatsphäre ist doch auch ein Grundrecht. Ich nehme nochmals Bezug auf den Wortlaut aus dem Ergebnis der Vernehmlassung: «So beantragen die Grünen, die SP und die SVP, dass unter anderem eine Registrierungspflicht für die öffentlichen zugänglichen objektbezogenen Daten und die Protokollierung der Abfragen zu prüfen sei.» Auch der kantonale Datenschutzbeauftragte beantragte eine Registrierungspflicht für die Abfrage von öffentlichen Daten umzusetzen. Deshalb haben wir wie in der Kommission erneut einen Antrag eingegeben, mit dem unmissverständlich eine Registrierungspflicht auch von öffentlichen, objektbezogenen Daten gefordert wird. Zu den Kosten: Um dieses Projekt zu realisieren, sind im Vorfeld schon viele Gelder geflossen. Die Entstehung dieser Botschaft hat schon einen längeren Weg hinter sich. Der fixe jährliche Gesamtkostenbetrag für den Betrieb, für die Weiterentwicklung und den Unterhalt betrachten wir als vernünftig und macht Sinn und auch Verteilung der Kosten gemäss der Einwohnerzahl der einzelnen Gemeinden betrachten wir als fair. Wir hoffen dabei, dass der jährliche Gesamtkostenbetrag auf diesem Niveau bleibt. Gespannt sind wir, ob die eingestellten Mittel im Aufgaben und Finanzplan (AFP) für den Aufbau und die Umsetzung der Datendrehscheibe Objektwesen ausreichen. Es wäre nicht das erste Mal, dass bei einem solchen digitalen Projekt unerwartete Probleme auftauchen, deren Aufbau und Umsetzung am Schluss Mehrarbeit und finanzielle Mehrausgaben verursachen. Die SVP-Fraktion lehnt alle Anträge ab. Wenn unser Antrag keine Mehrheit findet, werden wir der Botschaft

grossmehrheitlich, aber zähneknirschend zustimmen.

Für die Mitte-Fraktion spricht David Affentranger.

David Affentranger: Das Objektwesen umfasst den Lebenszyklus von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen – von der Entstehung über Veränderungen bis hin zum Rückbau. Bisher war der Umgang mit diesen Daten in verschiedenen Verwaltungsbereichen unkoordiniert und mit unklaren Zuständigkeiten verbunden. Mit dem Projekt objekt.lu schafft der Kanton Luzern eine zentrale Lösung, um objektbezogene Daten einheitlich, aktuell und datenschutzkonform bereitzustellen. Über eine kantonale Datendrehscheibe und ein zentrales Informationssystem werden die Daten einfach zugänglich gemacht und der Datenaustausch standardisiert geregelt. Gemeinden und kantonale Stellen profitieren durch weniger Aufwand, klare Zuständigkeiten und konsistente Daten. Besonders für kommunale Aufgaben wie Steuern, Erbschaften oder Einwohnerwesen bringt das System grosse Erleichterungen. Die vorliegende Botschaft trägt bedeutend zum digitalen Wandel bei und schafft die gesetzliche Grundlage für den dringend notwendigen digitalen Austausch. Das Vorgehen betreffend Zugriffsberechtigung und Registrierung erachten wir als angemessen und richtig. Da Kanton und Gemeinden gleichermaßen davon profitieren, ist künftig eine beidseitige Kostenbeteiligung richtig. Beim Verteilen der Kosten ist auf eine faire Verteilung zu achten. Die Gemeinden sind in diesen Prozess gebührend einzubinden. Insbesondere gilt es darauf zu achten, dass die Kosten im Rahmen und überschaubar bleiben. Die Mitte-Fraktion tritt auf die Vorlage ein.

Für die FDP-Fraktion spricht Thomas Meier.

Thomas Meier: Die Datendrehscheibe und das Objektwesen ermöglichen es der Verwaltung künftig, objektbezogene Daten wie Grundstücke, Gebäude und Wohnungen zentral und einheitlich zu verwalten. Damit können Doppelspurigkeiten und Redundanzen verhindert werden. Durch die zentrale Datenhaltung entstehen zudem tiefere Schnittstellenkosten, und auch für die Gemeinden wird der Zugriff auf die Daten wesentlich vereinfacht. Die konsequente Digitalisierung ist nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern auch eine klare Forderung unserer Jungfreisinnigen Partei mit ihrer Digitalisierungsinitiative. Wichtig ist aus Sicht der FDP-Fraktion, dass die Gemeinden eng begleitet werden und vom Kanton die notwendige Unterstützung erhalten. Ebenso entscheidend ist für die FDP, dass bei künftigen Technologiewechsels – etwa, wenn Daten in die Cloud verlagert werden – nicht erneut eine Gesetzesanpassung nötig wird. Wir möchten ausserdem festhalten, dass dieses Projekt bereits seit 2011 läuft. Über einen so langen Zeitraum besteht die Gefahr sogenannter «Moving Targets»: Personalwechsel, sich verändernde Prioritäten und Anforderungen sowie externe Einflüsse verschieben das Projektziel immer und immer wieder und lassen es teurer und teurer werden. Wir werden auf die Vorlage eintreten. Zum Antrag der SVP-Fraktion: Eine Registrierungspflicht widerspricht klar der Strategie von Open Government Data (OGD). Ein diskriminierungsfreier und maschinenlesbarer Zugang zu den Daten muss gewährleistet sein. Wir lehnen diesen Antrag deshalb ab. Zu den drei Anträgen der SP-Fraktion: Einmal mehr wird damit die Kommissionsarbeit in den Rat verlagert. Das ist weder zielführend noch effizient. Diese Anträge lehnen wir deshalb kommentarlos ab.

Für die SP-Fraktion spricht Marc Horat.

Marc Horat: Ja, es ist so. Die SP ist in der Kommission auf die Botschaft eingetreten und hat ihr zugestimmt, weil wir den Sinn und Zweck des Projekts objekt.lu grundsätzlich nicht infrage stellen. Wir sind überzeugt, dass die Digitalisierung der Abläufe in der Bau- und Raumplanung dringend nötig ist, weil sie Effizienz bringt, Transparenz schafft und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Städten erleichtert. Für all das ist diese Plattform ein zentrales und wichtiges Instrument. Es werden klare Zuständigkeiten geschaffen, wer

Daten erfasst und verwaltet, und es werden einheitliche Standards im ganzen Kanton Luzern etabliert. Auch die Finanzierung ist fair und verteilt die Kosten gerecht. Das ist grundsätzlich sehr unterstützenswert und unbestritten. Uns ist klar: Der heutige Status quo ist im 21. Jahrhundert kein Zustand mehr. Deshalb haben wir in der Kommission im ersten Schritt dieser Botschaft auch zugestimmt. Wir danken den zuständigen Stellen ausdrücklich für die Erarbeitung. Aber: In der Zwischenzeit ist viel Wasser die Reuss hinuntergeflossen und ein Thema hat dabei eine besonders grosse Ölspur hinterlassen: der Datenschutz. Es ist einfach ein Fakt, dass der Datenschutz auch bei diesem Projekt weder von Anfang an richtig mitgedacht noch prioritär behandelt wurde. Unser Eindruck ist vielmehr, dass er pro forma am Schluss noch berücksichtigt wurde – weil man es halt von Gesetzes wegen muss. So etwas können und wollen wir nicht akzeptieren. Wir haben den Eindruck, dass der Datenschutz für Regierung und Verwaltung eher eine lästige Pflicht als eine Grundvoraussetzung ist. Das zeigt sich nicht nur bei dieser Botschaft, sondern auch bei den aktuellen Diskussionen zur Einführung von M365 in der Kantonsverwaltung. Auch dort haben wir ein Paradebeispiel dafür, wie wenig Stellenwert der Datenschutz im Kanton Luzern offenkundig hat. Unsere Pflicht als Volksvertreterinnen und Volksvertreter ist es, auf neue Erkenntnisse zu reagieren und unsere Haltung anpassen zu können und zu dürfen, um die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu vertreten. Diesen Auftrag nehmen wir als SP-Fraktion ernst, und deshalb haben wir unsere Position in diesem Geschäft entsprechend angepasst. Wenn wir eine so umfassende Plattform für objektbezogene Daten schaffen, dann ist es zwingend, dass Datenschutzexpertinnen und -experten von Anfang an in den Prozess mit einbezogen werden – und nicht erst am Schluss, wenn eigentlich schon alles entschieden und aufgebaut ist. Es geht nicht nur um Daten über Gebäude oder Grundstücke, sondern auch darum, dass sich aus diesen Daten mit wenig Aufwand Rückschlüsse auf einzelne Personen ziehen lassen. Der Schutz personenbezogener Daten ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht. Es ist naiv zu glauben, dass grosse Techkonzerne diese Daten nicht für die Profilierung ihrer Nutzerinnen und Nutzer oder für andere Zwecke auswerten können und auch werden. Genau deshalb brauchen wir einen Kanton, der den Datenschutz als Pflicht und Verantwortung versteht – nicht als lästige Bremse. Selbstverständlich stehen wir hinter dem Prinzip von OGD. Aber das gilt nur dann, wenn auch das Recht der Einwohnerinnen und Einwohner auf ihre eigenen Daten sauber mitgedacht und respektiert wird. Die Begründung ist klar, weshalb wir in der Kommission zugestimmt haben: Das Anliegen der Botschaft mit der neuen digitalen Datendrehscheibe im Objektwesen ist zweifellos unterstützenswert und wichtig. Aber die SP-Fraktion hat entschieden, dass wir nicht länger hinter halbhatzigen Datenschutzlösungen stehen. Wir fordern endlich einen Systemwechsel im Umgang mit schützenswerten Personendaten in der Kantonsverwaltung – und gerade auch bei solchen Projekten. Dafür werden wir uns nach den jüngsten Vorkommnissen und Äusserungen zum Thema künftig verstärkt einsetzen und genau hinschauen. Die SP-Fraktion tritt auf die Botschaft ein. Wir anerkennen die Notwendigkeit und den Handlungsbedarf bei der Digitalisierung im Bereich Objektwesen und erachten den Entwurf grundsätzlich als sinnvoll. Aber wir haben grosse Bedenken bezüglich des Datenschutzes. Deshalb stellen wir zwei Änderungsanträge, welche die grössten Lücken in dieser Vorlage zumindest halbwegs stopfen sollen. Wir werden die Debatte dazu aufmerksam verfolgen. Diese Anträge sind ganz im Sinn der SVP-Fraktion. Umso irritierter sind wir, dass sie diese trotzdem ablehnen will. Wir sind gespannt auf die Begründung – damit das Thema Datenschutz bei Ihnen nicht bloss ein Lippenbekenntnis bleibt. Wenn diese erwähnten Anträge im Plenum unterstützt werden, dann werden wir die Botschaft zur Kenntnis nehmen. Andernfalls werden wir sie aus den genannten Gründen ablehnen. In diesem Fall fordern wir – und das ist unser Auftrag an die Regierung –, dass das

Projekt grundsätzlich überarbeitet wird, dieses Mal aber von Anfang an mit dem Datenschutz im Zentrum. Und wir bitten Sie, sich ebenso für den Schutz der Daten Ihrer Wählerinnen und Wähler einzusetzen: Stimmen Sie unseren Anträgen zu und lehnen Sie die Botschaft in der vorliegenden Form ab, wenn sie unverändert bleibt. Nehmen Sie das Thema bitte ernst – und vergrössern Sie die schmutzige Spur nicht noch weiter.

Für die Grüne Fraktion spricht Samuel Zbinden.

Samuel Zbinden: Die Grüne Fraktion begrüsst, dass mit objekt.lu ein Informationssystem für Objektdaten geschaffen wird. So können Doppelspurigkeiten, Kosten und technische Hürden im Umgang mit Informationen zu Gebäuden und Grundstücken abgebaut werden. Auch begrüssen wir, dass mit der vorliegenden Botschaft die rechtliche Grundlage für den Betrieb, die Nutzung und den Datenschutz des Systems geschaffen werden soll. Die heutige Situation ist für Gemeinden, für die kantonale Verwaltung und alle anderen Beteiligten unbefriedigend. Sehr viele verschiedene Ämter haben sehr unterschiedliche Infos über Gebäude und der Datenaustausch findet nur bilateral, zum Teil immer noch auf Papier statt. Es ist sinnvoll, hier endlich eine Drehscheibe zu schaffen. Was für uns Grüne hingegen nicht ganz schlüssig ist: Ist aber ein eigens geschaffenes Spezialgesetz sinnvoll? Zahlreiche Behördendienstleistungen werden im Kanton Luzern aktuell oder in den kommenden Jahren digitalisiert. Mit dem aktuellen Weg muss der Kanton Luzern nun jedes Mal ein eigenes Spezialgesetz schaffen wie hier bei objekt.lu. Aus Sicht der Grünen Fraktion wäre es sinnvoll, über ein übergeordnetes, allgemeines «Verwaltungs-Digitalisierungsgesetz» nachzudenken. So könnten wichtige Grundsätze wie z.B. OGD, Kostenverteilung, Datenschutz einmal und grundsätzlich geregelt werden, statt bei jedem Spezialgesetz und in jeder Fachkommission darüber zu diskutieren. Diesen Weg hat übrigens auch der Bund mit dem Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel gewählt. Der Datenschutz ist aus unserer Sicht zentral bei diesem Projekt. Regierung und Verwaltung stehen bei der Umsetzung in der Pflicht, den Datenschutz sicherzustellen. Besonders wichtig ist dabei der Speicherort der Daten – gerade auch im Zusammenhang mit den jüngsten Vorkommnissen rund um die Causa M365 im Kanton Luzern. Es ist für uns zwingend, dass die Objektdaten auf den bisherigen Servern und nicht in der Microsoft Cloud gespeichert werden und wir so die digitale Souveränität über diese Daten behalten. Die Grüne Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr voraussichtlich zu. Zu den Anträgen äussere ich mich in der Detailberatung.

Für die GLP-Fraktion spricht Simon Howald.

Simon Howald: Die Digitalisierungsthematik stösst bei der GLP-Fraktion auf offene Ohren, oder besser gesagt: Sie rennt bei uns offene Türen ein. Die Grünliberalen unterstützen die Vereinfachung von administrativen Tätigkeiten und die weitere Digitalisierung in der kantonalen Verwaltung. Bei diesen Bemühungen sollen jedoch die bestehenden Prozesse hinterfragt, optimiert und erst dann digitalisiert werden. Wie in der Botschaft erwähnt, gehören die Domänen Grundbuch, Steuern, Versicherung, Bau und Amtliche Vermessung sowie – im Kanton Luzern zusätzlich – die Bereiche Statistik und Geoinformation zum Objektwesen des Kantons Luzern. Die GLP-Fraktion begrüsst die Integration der vorgeschlagenen Bereiche und ist erfreut, dass der Kanton Luzern in diesem Punkt einen Schritt weiter geht. Für uns ist es essenziell, dass die Datensicherheit jederzeit gewährleistet wird. Die Unterscheidung zwischen öffentlichen objektbezogenen Daten und nicht öffentlichen objektbezogenen Daten finden wir richtig und wichtig. Ausserdem erscheint uns die Kompatibilität zum Schweizer E-Government-Datenstandard zentral, damit allfällige Synergien zwischen den Akteuren ermöglicht werden. Im Weiteren vermindert eine zentrale Plattform den Aufwand für die verschiedenen Fachbereiche, weil nur noch eine Registrierung notwendig ist und es nur noch eine Schnittstelle gibt. Die Daten werden in Zukunft zentral an

einem Ort verfügbar gehalten, was wiederum Kosteneinsparungen ermöglicht und die redundante Bearbeitung der Daten in verschiedenen Systemen beseitigt. Zusätzlich sind die Aktualität und die Qualität der Daten von grosser Bedeutung. Nach Meinung der GLP-Fraktion muss die neue Datendrehscheibe darüber hinaus sicherstellen, dass die Daten in allen Systemen zu jeder Zeit konsistent sind. Die Hauptkosten liegen beim Kanton, was aus unserer Perspektive sinnvoll ist. Die Kosten für den Unterhalt des Informationssystems Objektwesen werden zwischen Kanton und Gemeinden fair aufgeteilt. Ausserdem bezahlen Gemeinden mit hohen Einwohnerzahlen mehr als kleinere Gemeinden. Die GLP-Fraktion begrüsst das konsequente Verfolgen der Ziele und Inhalte der Kantonsstrategie – in diesem Fall der digitale Wandel. Im aktuellen Legislaturprogramm wird mit dieser Botschaft die Digitalisierung der Raumplanung vorangetrieben. Die GLP-Fraktion bewertet im Weiteren positiv, dass die gesetzlichen Grundlagen so konzipiert werden, dass in Zukunft die Möglichkeit besteht, auch kommunale und eidgenössische objektbezogene Daten abzurufen. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen dem Entwurf des Gesetzes über die Datendrehscheibe und das Informationssystem Objektwesen zu. Wir lehnen alle Anträge ab und äussern uns während der Debatte dazu.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Das Kommissionsresultat freut uns natürlich sehr. Das Projekt objekt.lu hat zum Ziel, dass Gemeinden und kantonale Stellen, die mit objektbezogenen Daten arbeiten, immer aktuelle und zuverlässige Daten haben. So hat – man höre und staune – am 21. November 2011 die damalige Projektsteuerung des E-Government einen Projektauftrag ausgelöst für das Projekt, über das Sie heute befinden. Der Steuerungsgruppe gehörten der Kantonsgerichtspräsident, der Verband Luzerner Gemeinden (VLG), die Dienststellen Informatik und Geoinformatik sowie verschiedene Abteilungen wie das Grundbuchamt, die Gemeinden und die Gebäudeversicherung an. Als Vorsteher des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes war ich ebenfalls Mitglied dieser Gruppe. Das zeigt die Komplexität des Projekts, der Gruppe gehören zwei Staatsebenen sowie die dritte Gewalt an. Deshalb die lange Dauer des Projekts. Wir sind nun an einem Punkt, an dem wir die Vorlage beraten können. Mit Objekten sind Grundstücke, Gebäude und Wohnungen gemeint und betroffen sind insbesondere die Domänen Grundbuch, Steuern, Versicherung, Bau und amtliche Vermessung. Objekt.lu ist ein kantonales E-Government-Projekt und basiert auf dem Schweizer E-Government-Standard. Es regelt den elektronischen Datenaustausch und vereinfacht diesen auch für die beteiligten Fachstellen. Trotzdem hat es lange gedauert, bis alle Abklärungen getroffen werden konnten. Es regelt auch den elektronischen Datenaustausch und vereinfacht diesen auch für die beteiligten Fachstellen. Ein zentrales Informationssystem ermöglicht zudem den Zugriff auf die kantonalen Daten. Beim Datenzugriff wird zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen Daten unterschieden: Nicht öffentliche Daten sind nur mit einer spezifischen Berechtigung einsehbar. Alle öffentlichen Daten sind ohne Registrierung einsehbar, dies entspricht dem heute gängigen Prinzip von OGD, was wiederum ein Anliegen Ihres Rates ist. Ein entsprechendes Postulat von Rahel Estermann haben Sie mit 96 zu 0 Stimmen überwiesen. Es entspricht auch der Strategie zur Gestaltung des digitalen Wandels, die von Ihrem Rat zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, genauer dem Aktionsfeld 7. Es handelt sich also um ein Anliegen, zu dem sich Ihr Rat mehrfach geäussert und es unterstrichen hat. Das neue Informationssystem bringt insbesondere für die Gemeinden eine deutliche Vereinfachung, wenn es um die Themen Steuern, Erbschaft, Einwohnerkontrolle, Finanzen oder Betreibungen geht. Es kommt aber bei allen Einheiten des Staates zu einer Effizienzsteigerung, was dieses Projekt wertvoll macht. Effizienzsteigerungen sind ein Ziel der Digitalisierung. Die Kosten für den Aufbau, den

Betrieb, die Weiterentwicklung und den Unterhalt dieser Datendrehscheibe werden vom Kanton getragen. Die Kosten für Betrieb, Weiterentwicklung und den Unterhalt des Systems tragen die Gemeinden und der Kanton zu gleichen Teilen. Der VLG ist damit einverstanden. Ich komme kurz auf Ihre Fraktionsvoten zurück, insbesondere auf den Datenschutz. Ich bitte Sie, dieses Thema in diesem Fall nicht mit M365 zu vermischen. Das sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Gerne führe ich aus, wie die Datenschutzstelle mit einbezogen wurde, ich habe mir diese Informationen über das Wochenende von unseren externen Beraterin Ruth Aregger liefern lassen, die das Projekt seit bald zehn Jahren betreut. Der Datenschutzbeauftragte und seine Mitarbeiter haben das Projekt eng begleitet. Erstens: Die Projektleitung war bereits im Dezember 2021 in direktem Kontakt mit dem damaligen Datenschutzbeauftragten Daniel Spichty. Wir haben ihm damals schon die konzeptionellen Grundlagen des Projekts zugestellt. Eine Mitarbeiterin des Datenschutzbeauftragten war ab April 2023 Mitglied der Arbeitsgruppe Gesetzgebung im Projekt. Sie nahm an den fünf Sitzungen der Arbeitsgruppe und einer separaten Sitzung mit der Projektleitung und der Leitung Grundbuch teil. Sie hatte Zugang zu allen Unterlagen des Projekts. Sie brachte die Sicht des Datenschutzbeauftragten schriftlich und mündlich – zum Teil auch mit Nachdruck – in die Projektarbeit ein. Zudem konnte sie sich auch in der Erarbeitung der Botschaft einbringen. Viele Hinweise und Inputs des Datenschutzbeauftragten wurden im Projekt berücksichtigt, aber es wurden nicht alle Wünsche umgesetzt. Der Datenschutzbeauftragte gab Stellungnahmen ab und arbeitete mit, aber am Schluss entschied die Projektsteuerung, welcher der Kantonsgerichtspräsident, die Dienststelle Informatik, der VLG und auch ich angehören dürfen. Am Schluss ist es ein Abwägen. Wir haben die Themen des Datenschutzes zu jeder Zeit sehr ernst genommen. Am Schluss gab es Widersprüche zwischen dem Ansatz OGD – der von Ihrem mit 96 zu 0 Stimmen erheblich erklärt wurde – und dem Datenschutz. Wir mussten aber Entscheide fällen, damit es weitergehen konnte. Wir haben das sorgfältig getan. Ich wehre ich gegen die Vorwürfe, dass das nicht genügend erfolgt ist. Zweitens: Wieso gibt es ein Spezialgesetz? Grundsätzlich wäre es gut, ein Gesetz über alles zu haben. In dieser Vorlage regeln wir aber sehr spezifisch Themen für den Objektschutz. Das Thema ist schon weit gegoren und sehr komplex. Deshalb wir auf eine Integration in das andere, sich in der Vernehmlassung befindende Projekt verzichtet. Sonst wäre es noch komplexer geworden und wir wollten endlich einen Schritt vorwärtskommen. Wir haben aber im neuen Digitalisierungsgesetz unter Federführung des Finanzdepartementes viele Dinge mitgenommen, die in zukünftigen anderen fachspezifischen Digitalisierungsthemen wirksam sind und somit möglichst vieles an einem Ort geregelt ist. Samuel Zbinden hat es richtig gesagt: Hier ist auch das Thema der Cloud nicht relevant. Einerseits geht es nicht um eine Officeanwendung wie bei M365, denn es sind eigene Daten, die weiterhin auf unseren Servern bearbeitet werden. In diesem Sinn bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und dieser zuzustimmen. Zu den Anträgen äussere ich mich bei der Detailberatung.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Antrag Sara Muff: Rückweisung der Botschaft.

Für die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) spricht  
Kommissionspräsident Michael Kurmann.

Michael Kurmann: Dieser Antrag lag der RUEK nicht vor.

Sara Muff: Digitalisierung mit Lücken im Datenschutz ist wie ein Haus auf einem wackligen Fundament. Die Persönlichkeitsrechte enden nicht am Bildschirmrand. Die SP-Fraktion anerkennt, dass objekt.lu ein wichtiges Digitalisierungsprojekt ist. Es soll Gemeinden und Verwaltung entlasten, Doppelspurigkeiten abbauen und Datenqualität sichern. Das unterstützen wir. Aber, Digitalisierung darf nicht zulasten des Datenschutzes gehen. In der

vorliegenden Botschaft bleiben erhebliche Lücken ungeschlossen. Bleiben diese ungeschlossen, verlieren wir Vertrauen, Rechtssicherheit und Akzeptanz. Ja, ich gebe Regierungsrat Fabian Peter recht: Der Datenschutz war mit von der Partie, aber das bringt nur etwas, wenn auch auf die Expertinnen und Experten gehört wird. So hat sich der Datenschutz in der Vernehmlassungsphase auch nochmals mit einem Schreiben eingebracht. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass diese Gewichtung zu wenig erfolgt ist. Daraus resultieren die aktuellen Lücken, die es zu schliessen gilt. Ja, wir haben in der Kommission Zustimmung signalisiert. Ich bin mir sicher, dass wir das in den kommenden Voten noch zu hören bekommen. Doch unsere Verantwortung endet nicht dort. Wir haben die Vorlage seither nochmals mit IT- und Datenschutzexpertinnen und -experten geprüft und nochmals analysiert. Politische Verantwortung heisst für uns, nicht an früheren Aussagen festzukleben, sondern auf neue Erkenntnisse zu reagieren und unsere Haltung laufend zu überprüfen. Folgende Punkte sind für uns am dringlichsten anzupassen: Über die Kombination von Grundbuch, Steuern, Versicherung und Bau lassen sich faktisch personenbezogene Profile erstellen, obwohl offiziell nur Objektdaten erfasst werden. Die Löschfristen sind vage. Innert angemessener Frist ist nicht genug. Die Sicherheit bleibt bei Allgemeinplätzen, konkrete Mindeststandards fehlen und der neue API-Zugang (maschinelles Zugriffs über eine Schnittstelle) öffnet die Tür für Massendownloads. Die Auflistung ist leider noch nicht abschliessend. Wir wollen objekt.lu, aber mit starken Leitplanken. Die Risiken, die wir heute erkennen, sind erst der Anfang. Die technischen Möglichkeiten wachsen laufend und in atemberaubender Geschwindigkeit. Wir weisen die Botschaft zurück, damit Lücken im Datenschutz geschlossen werden. Erst dann können wir mit gutem Gewissen zustimmen, denn Digitalisierung braucht Tempo, aber auch Schranken. Wir bitten Sie daher, unseren Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Samuel Zbinden: Regierungsrat Fabian Peter hat es schon erwähnt: Die Aufgleisung des Projekts objekt.lu läuft schon sehr lange, der Projektantrag wurde 2011 genehmigt. Man munkelt, dass auch mehrere Regierungsmitglieder in alter Funktion als Gemeinderat für den VLG der Projektgruppe angehört haben. Das deutet darauf hin, dass es nun vorwärtsgehen sollte. Aus Sicht der der Grünen Fraktion ist die Schaffung der Drehscheibe für Objektdaten überfällig. Wir können die Bedenken bezüglich Datenschutz ein Stück weit nachvollziehen und haben diese in der Vernehmlassung auch geäussert. Es ist tatsächlich so, dass sich der Kanton in diesem Bereich in den letzten Monaten nicht sehr vorteilhaft verhalten hat. Das Projekt objekt.lu scheint uns aber der falsche Ort zu sein, um diese Kritik zu äussern. Wir sehen die Lücken im Datenschutz an anderen Orten, beispielsweise bei M365. Ich danke dem Regierungsrat zudem für seine Klarstellung bezüglich Speicherort. Die Grüne Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab.

David Affentranger: Marc Horat hat in seinem Eintretensvotum ausgeführt, die SP-Fraktion sei der Meinung, dass der Regierungsrat den Datenschutz nicht oder nur als mühsames Übel angesehen habe. Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass dem nicht so ist. Die Vorlage ist sehr gut, deshalb lehnen wir den Rückweisungsantrag ab.

Sandra Meyer-Huwyler: Die SVP-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag grossmehrheitlich ab. In der Kommissionsitzung sind alle Parteien auf die Vorlage eingetreten und haben sich teilweise auch positiv dazu geäussert. Einzig wir haben einen Antrag zum Thema Datenschutz gestellt, der jedoch abgelehnt wurde. Deshalb ist es schon speziell, wenn sich die eine Seite nun stark macht.

Thomas Meier: Das Projekt soll nicht noch weiter verzögert werden mit solchen überzogenen Datenschutzansprüchen, da es bereits seit 2011 läuft. In den letzten Jahren kam es beim Datenschutz zu einem völligen Overkill. Ein Beispiel aus der Praxis: Wir benötigen bei



uns in der Firma mittlerweile einen externen Datenschutzbeauftragten, weil sonst niemand mehr durchblickt beim Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG). Jeder unserer Mitarbeiter hat mittlerweile Angst, sich dieser Verantwortung anzunehmen, da man privat haften würde. Seien wir doch ehrlich, im Internet zu surfen macht bald keinen Spass mehr, weil man bei jeder Webseite mittlerweile Cookies ablehnen, teilweise annehmen oder ganz annehmen muss. Damit verliere ich gefühlt ein Jahr meiner Lebenszeit. Dort fängt es mit dem überzogenen Datenschutz an. Wir haben in diesem Bereich das Vertrauen in die Verwaltung, dass sie das Richtige tut.

Simon Howald: Für die GLP-Fraktion ist diese Vorlage sehr wichtig, denn es geht um eines unserer Kernanliegen. Wie schon erwähnt geht es um Open Data, Digitalisierung und Effizienz. Wir sind der Meinung, dass der Datenschutz im vorliegenden Fall sehr gut abgedeckt ist. Deshalb lehnen wir den Rückweisungsantrag ab.

Urban Sager: Für uns ist es ein zu ernstes Thema, um sich zu enervieren, dass es gewisse Hürden gibt. Wir machen uns Sorgen über unsere Datensicherheit und sind während der Beratung in der Fraktion zu neuen Erkenntnissen gelangt und haben Expertinnen und Experten angehört. Nur, weil das Projekt schon so lange dauert und es deshalb beendet werden soll, aber dabei über datenschutzrechtliche Probleme und Fragezeichen hinwegzugehen, ist nicht richtig. So werden wir unserer Meinung nach diesem ernsthaften Thema nicht gerecht.

Rahel Estermann: Ich weise auf die Aussagen von Samuel Zbinden hin: Datenschutz ist eine ernsthafte Angelegenheit, ich bin die erste, die das unterschreibt. Aber ich glaube, dass man bei dieser Vorlage nun auf den Datenschutz pocht, obwohl das in diesem Fall nicht richtig ist. Ich bin erstaunt, dass die SP gerade bei Hauseigentümerinnen und -eigentümern Bedenken anmeldet, denn es muss ein öffentliches Interesse bestehen zu wissen, wem ein Haus gehört. Genauso gibt es ein Handelsregister, weil es im öffentlichen Interesse ist zu wissen, wem ein Unternehmen gehört und wer unterschriftsberechtigt ist. Auf [monneyhouse.ch](http://monneyhouse.ch) finden Sie alle Unternehmen, an denen Sie beteiligt sind und werden mit Namen ausgewiesen. Im Sinn von OGD besteht ein öffentliches Interesse, diese Daten abrufen zu können. Es besteht tatsächlich ein Spannungsfeld in Bezug auf den Datenschutz. Mir persönlich und auch der Grünen Fraktion ist es das jedoch wert, um nun über diese Daten verfügen zu können. Das Risiko für Profiling ist extrem klein. Man kann vielleicht sagen, dass wenn jemand alle fünf Jahre ein Haus kauft, er sich in einer guten wirtschaftlichen Lage befindet. Aber das ist auch schon alles. Es gibt wenig, was eine Beeinträchtigung der Grundrechte darstellt. Deshalb sind wir zur Ansicht gelangt, dass diese Kritik am Datenschutz zu überzogen ist, um das Gesetz abzuschliessen.

Urban Sager: Wir beantragen eine Rückweisung mit Auflagen, das hat nichts mit einem Abschiessen des Gesetzes zu tun. Wir wollen eine saubere Überarbeitung und dass die entsprechenden Lücken geschlossen werden.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich setzte gerne beim Votum von Rahel Estermann an. Es geht tatsächlich um ein Abwägen zwischen den verschiedenen Zielen, die Ihr Rat uns gesetzt hat wie OGD, digitaler Wandel und Datenschutz. Rahel Estermann hat das sehr gut erklärt. Zur Frage der Experten: Wir haben zwei Kommissionsitzungen durchgeführt mit einer Information und der 1. Beratung. Unsere Experten waren ebenfalls anwesend und auch sie haben eine Ahnung. Es wäre fair, die Fragen auch dort zu stellen, denn hier im Parlament ist es zugegebenermassen auch für uns alle etwas schwieriger, die exakten Themen des Datenschutzes zu begreifen. Ich glaube, dass der richtige Ort dafür in der Kommission ist, dort kann man Fragen stellen und unsere Experten stehen ebenfalls zur Verfügung. Ich möchte den Vorwurf klar zurückweisen,

denn die Datenschutzstelle wurde seit 2021 im Projekt integriert und bei der Erarbeitung des Gesetzes und in den Arbeitsgruppen dabei. Am Schluss war es ein Abwägen. Ich mache auch darauf aufmerksam, dass wir ein Rahmengesetz haben. In den Paragraphen 8 und 9, wo es um die Datenspeicherung, die Protokollierung, die Registrierung und die Authentifizierung geht, ist vorgesehen, dass die Regierung in der Verordnung näheres regeln kann. Wenn es neue Entwicklungen gibt – und die gibt es bei der Digitalisierung –, können wir in der Verordnung reagieren. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 97 zu 14 Stimmen ab.

Antrag Sara Muff zu § 7 Abs. 1bis (neu): Die Bearbeitung und Bereitstellung erfolgt ausschliesslich objektbezogen. Eine personenbezogene, domänenübergreifende Verknüpfung (Profilbildung) ist unzulässig. Personensuchen sind ausgeschlossen.

Für die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) spricht Kommissionspräsident Michael Kurmann.

Michael Kurmann: Dieser Antrag lag der RUEK in dieser Form nicht vor.

Sara Muff: Mit unserem Antrag wollen wir eine klare Schranke ins Gesetz einbauen. Objekt.lu soll ausschliesslich für objektbezogene Daten genutzt werden können und nicht zur Erstellung von personenbezogenen Profilen. Weshalb ist das wichtig? Schon heute zeigt die Vorlage, dass sich durch die Zusammenführung von Daten aus Grundbuch, Steuern, Versicherung und Bau indirekt sehr genaue Profile über einzelne Personen erstellen lassen. Es geht nicht darum, ob das beabsichtigt ist, sondern darum, dass es technisch möglich ist. Was technisch möglich ist, wird früher oder später jemand versuchen zu nutzen. Profilbildung ist wie ein Puzzle: Jedes Teil für sich ist harmlos, doch zusammengesetzt entsteht ein vollständiges Bild. Genau deshalb benötigt es diese gesetzliche Schranke. Wir wollen objekt.lu, aber wir wollen es zweckgebunden. Genau das macht ein ausdrückliches Verbot von Profilbildung möglich. Es geht hier nicht um Misstrauen gegenüber der Verwaltung oder den Gemeinden, sondern um Rechtssicherheit und Vertrauen. Nur, wenn im Gesetz unmissverständlich steht, dass Profilbildung verboten ist, können wir sicherstellen, dass diese Datenplattform nicht zu einem zentralen Personenregister wird. Wir appellieren deshalb an Sie alle, stimmen Sie bitte unserem Antrag zu. Es ist kein Hemmschuh für die Digitalisierung, im Gegenteil, sondern macht objekt.lu verlässlich, sicher und vertrauenswürdig.

Sandra Meyer-Huwyler: Ich stelle den Ordnungsantrag, die Anträge 2 und 4 in die Kommission zurückzunehmen. Im Sinn eines gut ausgewogenen Gesetzes sollen die Anträge anlässlich der nächsten Kommissionsprüfung nochmals auf Herz und Nieren geprüft werden.

Für die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) spricht Kommissionspräsident Michael Kurmann.

Michael Kurmann: Ich möchte die Diskussion aus der Ratsmitte abwarten. Wir haben bereits anlässlich der beiden Kommissionsitzungen darüber debattiert und die Information sowie die 1. Beratung durchgeführt. Mich interessiert das Stimmungsbild aus den Fraktionen. Aufgrund dieser Stimmungslage entscheide ich im Anschluss darüber.

David Affentranger: Stand heute haben wir verschiedene Datensilos. So muss sich etwa ein Gemeindeschreiber bei seiner Arbeit in verschiedene Tools einloggen, beispielsweise wenn es um eine Steuererklärung geht. Die verschiedenen Tools basieren auf einer Spezialgesetzgebung, die den Datenschutz, die Abfrage usw. regeln. Da es sehr mühsam ist, sich in diese verschiedenen Tools einloggen zu müssen, wollen wir ja genau diese Verknüpfung. Ich glaube, die Ausführungen dazu waren ausführlich. Die Mitte-Fraktion steht hinter dieser neuen Gesetzgebung und somit der Vorlage. Daher lehnen wir den Antrag klar ab.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Beim Gesetz zum Objektwesen geht es um eine Fachanwendung. David Affentranger hat beschrieben, wie objekt.lu in den Gemeinden eingesetzt wird. Auch Notare, das Grundbuchamt und alle Beteiligten arbeiten damit. Aber es ist keine Anwendung, die Sie in ihrer Arbeit als Mitbürgerin oder Mitbürger täglich benutzen. In diesem Sinn spielen die Personendaten nur eine sehr untergeordnete Rolle. Rahel Estermann hat ein Beispiel erwähnt. Einzig die Daten von Grundeigentümerinnen und -eigentümern sind vom Objektwesen betroffen. Der Bezug und die Bearbeitung der Eigentümerdaten ist durch die Grundbuchverordnung des Bundes bereits geregelt und eingeschränkt. Also auch Bundesrecht spielt hier eine Rolle. An diese Vorgaben hält sich natürlich auch der Kanton Luzern und hat den Bezug von Eigentümerdaten auf zehn Abfragen pro Tag eingeschränkt. Viele von Ihnen kennen das: Man möchte beispielsweise wissen, wem ein Grundstück gehört. Zehn Abfragen pro Tag sind erlaubt. Maschinell ist das nicht möglich, ausser mit einer spezifisch ausgestellten Berechtigung durch die kantonalen Stellen. Nur bereits bisher berechnete Personen mit Zugang zu bestehenden Fachapplikationen können mehr Abfragen vornehmen. Mit dem Gesetz zum Objektwesen ändert sich an dieser bewährten Praxis nichts. Das war bisher auch kein Problem. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Sandra Meyer-Huwyler: Ich stelle den Ordnungsantrag, die Anträge 2 bis 4 in die Kommission zurückzunehmen.

Sara Muff: Die SP-Fraktion ist damit einverstanden, wenn ihre Anträge in die Kommission zurückgehen. Wir finden auch den Vorschlag von Regierungsrat Fabian Peter sinnvoll, dass allenfalls nochmals jemand vom Datenschutz an der Kommissionssitzung teilnimmt, um die Differenzen zu bereinigen.

Thomas Meier: Die FDP-Fraktion lehnt den Ordnungsantrag ab. Wir haben in der Kommission bereits zweimal über die Vorlage diskutiert. Zum Teil nahmen an diesen Sitzungen Stellvertretungen der SP teil. Wir können heute über die vorliegenden Anträge befinden.

Der Rat lehnt den Ordnungsantrag mit 64 zu 45 Stimmen ab.

Samuel Zbinden: Eigentlich hätte ich mich gerne zum Ordnungsantrag geäußert, hole das nun aber nach. Die Grüne Fraktion hat den Ordnungsantrag abgelehnt, weil Antrag 3 in der Kommission bereits behandelt wurde. Aus unserer Sicht wäre es aber in Ordnung, die Anträge 2 und 4 in die Kommission zurückzunehmen. Das liegt aber in der Kompetenz des Kommissionspräsidenten.

Adrian Nussbaum: Auch ich hätte mich gerne zum Ordnungsantrag geäußert. Es ist ein Unterschied, ob ein Paket von drei Anträgen in die Kommission zurückgenommen wird oder ob wir uns an unsere Regeln halten. Der Kommissionspräsident hat erklärt, dass er Antrag 2 nach erfolgter Diskussion allenfalls in die Kommission zurücknimmt. Deshalb schlage ich vor, nun über Antrag 2 zu diskutieren und der Kommissionspräsident entscheidet darüber, diesen Antrag in die Kommission zurückzunehmen. Das Gleiche gilt für die Anträge 3 und 4.

Für die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) spricht Kommissionspräsident Michael Kurmann.

Michael Kurmann: Dieser Antrag lag in ähnlicher, aber nicht gleicher Form vor, deshalb kann ich mich nicht dazu äussern. Daher soll auch darüber abgestimmt werden. Ich bin aber nicht bereit, den Antrag in die Kommission zurückzunehmen.

Antrag Sandra Meyer-Huwyler zu § 8 Abs. 1: Für den Abruf öffentlich zugänglicher objektbezogener Daten ist eine Registrierungspflicht auf dem Informationssystem Objektwesen erforderlich. Vorbehalten bleiben anderslautende spezialgesetzliche Bestimmungen.

Für die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) spricht

Kommissionspräsident Michael Kurmann.

Michael Kurmann: Dieser Antrag lag in ähnlicher, aber nicht gleicher Form vor, deshalb kann ich mich nicht dazu äussern. Deshalb soll darüber abgestimmt werden. Ich bin aber nicht bereit, den Antrag in die Kommission zurückzunehmen.

Sandra Meyer-Huwyler: Wir machen keine Kommissionarbeit im Rat, aber wir appellieren an Ihren gesunden Menschenverstand. Wir stellen einen ähnlichen Antrag, dass beim Abruf von öffentlichen Daten eine Registrierungspflicht gelten soll. Auf den ersten Blick ist es harmlos, es geht um öffentliche Daten. Aber die Grundstückgrösse, das Baujahr, die Lage oder ob ein Baugesuch offen ist können eingesehen werden. Mit wenigen Informationen kann also der Wert einer solchen Liegenschaften mittels KI berechnet werden. Grundsätzlich sind wir auch für Transparenz, aber mit diesen Daten stossen wir an eine Grenze, die uns sehr wichtig ist. Es geht auch um Persönlichkeitsschutz. Ich bin schon verwundert, dass sich die links-grüne Seite bei der Vernehmlassung ebenfalls positiv für eine Registrierungspflicht geäussert hat, aber jetzt keineswegs gewillt ist, dazu zu stehen. Selbst der Datenschutzbeauftragte hat auf diese Problematik hingewiesen. Unsere Meinung ist: Wer mehr wissen will, soll diese Gelegenheit erhalten, sich aber registrieren lassen. Bitte stimmen Sie dem Antrag zu.

Marc Horat: Wir wie auch die SVP haben uns lange überlegt, welche zusätzlichen Datenschutzmassnahmen nötig sind, wenn es um Objektdaten geht und man mit wenig Effort Rückschlüsse auf die einzelnen Personen schliessen kann. Es ist deshalb alles andere als ein Detail, wenn wir uns im Rahmen der Detailberatung auch der Frage der Zugangsbedingungen zu diesen Daten vertieft widmen und diesen Punkt ernst nehmen. Der kantonale Datenschutz wurde bei diesem Geschäft konzipiert, das stimmt. Wie wir aber gehört haben, erfolgte dies erst nach zehn respektive zwölf Jahren, als bereits alle Pfähle eingeschlagen waren. In dem bereits erwähnten Brief wurde ein vernichtendes Urteil gefällt. Ja, David Affentranger, konsequent umgesetzter Datenschutz darf durchaus mühsam sein, weil es ein sehr heikles, wichtiges und fundamentales Thema ist. Die Idee einer Registrierungspflicht für Nutzerinnen und Nutzer ist aus Sicht der SP-Fraktion grundsätzlich sinnvoll. Wir haben dies in der Vernehmlassung auch so eingebracht. So entsteht Transparenz, wer was abrufen und verhindert, dass die Plattform zum Selbstbedienungsladen für jeden und jede wird, die oder der alles sammeln will. So kann der Missbrauch erschwert werden und es wird ein Mindestmass an Rechenschaftspflicht im Umgang mit den Daten geschaffen. Unter Anbetracht dieser Punkte und den erwähnten Entwicklungen zum Thema Datenschutz haben wir unsere ursprüngliche Meinung in der Kommission zu diesem Antrag revidiert und stimmen ihm zu. Natürlich muss ein solches System niederschwellig umgesetzt werden, sonst schaffen wir die nächste Bürokratiehürde. Uns ist klar, dass der Zugang zu öffentlichen Informationen im Vergleich zu heute nicht künstlich erschwert werden sollte und vergleichbar einfach möglich sein muss. Es ist aber wünschenswert zu wissen, wer Zugriff auf diese Daten möchte und wie darauf zugegriffen wird. Sobald es aber darum geht, umfangreiche Objektdaten abzurufen, ist es richtig und wichtig, dass dies nur mittels einer ausführlichen und vorgängig geprüften Registrierung erfolgt. Das ist heute bereits bei der Abfrage von Eigentümerinnen und Eigentümern der Fall und soll auch weiterhin so bleiben. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag. Der Antrag unterstützt zwar nicht die Grundsatzdiskussion darüber, dass der Datenschutz von Beginn weg ins Projekt gehört hätte, aber er ist ein Schritt, der wenig kostet, Transparenz schafft und eine sinnvolle Hürde aufstellt, wenn jemand etwas datenschutzbedenkliches mit diesen Daten vorhat.

Samuel Zbinden: Sandra Meyer-Huwyler hat die Grüne Fraktion direkt angesprochen. Anlässlich der Vernehmlassung haben wir uns tatsächlich für die Prüfung einer

Registrierungspflicht eingesetzt. Aber man darf durchaus auch einmal schlauer werden. In diesem Fall überzeugte uns die Begründung der Regierung auf den Verzicht. Im Sinn von OGD und einer möglichst niederschweligen Nutzung der öffentlich zugänglichen Objektdaten ist der Einbau dieser unnötigen Hürde aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Die Grüne Fraktion lehnt den Antrag daher ab.

David Affentranger: Heute bestehen sieben bis acht Silos. Neu möchten wir diese Daten untereinander austauschen und ein Zugangsportal schaffen, was die Arbeit massiv erleichtern würde. Selbstverständlich können wir heute schon wie auch in der Zukunft eine Kombination aus diesen Daten erstellen. Zwar ist das etwas mühsam, aber mittels KI gelingt es sicher. Wir sprechen heute über eine Gesetzgebung, die diesen Austausch möglich macht und nicht über den Datenschutz der einzelnen Silos. Dieser ist heute schon gegeben. Heute spielt sich das folgendermassen ab: Ein Bürger eines Dorfes bemerkt, dass der Nachbar baut. Vorzugsweise besucht er das Geoportal und sucht den entsprechenden Grundbuchplan. Wenn der Nachbar alles richtig gemacht hat, erscheint ein rotes Viereck, mit dem die Baubewilligung angezeigt wird. In diesem Fall muss der Nachbar weder einen Brief schreiben noch sich bei der Gemeinde beschweren. Wenn man sich dafür aber registrieren muss, kompliziert das den ganzen Ablauf. Wir sprechen über nichts neues und keine neuen Kombinationsmöglichkeiten. Alles besteht schon, aber der Prozess wird für die Anwendenden einfacher, also nicht für die privat Nutzenden, sondern für die Verwaltung. Das ist ein echter Schritt im Bereich der Digitalisierung. Die Mitte-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion lehnt den Antrag ab, weil im vorliegenden Gesetzesentwurf bezüglich Zugriffsberechtigung bereits zwischen öffentlich objektbezogenen Daten und nicht öffentlich objektbezogenen Daten unterschieden wird. Aus unserer Sicht ist das eine ausgewogene Lösung, auch unter Berücksichtigung des Datenschutzes.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Es geht hier nur um eine Fachanwendung. Das Hauptziel von OGD, welches Sie uns mit 96 zu 0 Stimmen beauftragt haben umzusetzen, ist die kostenlose und offene Bereitstellung von Daten der öffentlichen Verwaltung zur freien Einsichtnahme und Wiederverwendung durch die Bevölkerung, Forschung und Privatwirtschaft. Dies soll die Transparenz der Verwaltung stärken, die Beteiligung der Bürger fördern, die Digitalisierung vorantreiben und Innovationen durch die Schaffung neuer Produkte und Dienstleistungen anregen. Dieses Ziel haben wir im Auftrag Ihres Rates verfolgt. In diesem Sinn haben wir OGD umgesetzt und vor allem unterschieden. Gemäss § 8 können öffentliche Daten ohne weiteres abgefragt werden. Für nicht öffentlich zugängliche Daten benötigt es eine Registrierung und darüber hinaus eine Authentifizierung. In diesem Sinn ist die Vorlage mit allen Bestimmungen kongruent, die Sie bis jetzt erlassen und uns mitgegeben haben. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 73 zu 40 Stimmen ab.

Antrag Sara Muff zu § 9 Abs. 1 und Abs. 2: Abs. 1 Beim Datenaustausch über die Datendrehscheibe Objektwesen und beim Abruf über das Informationssystem Objektwesen werden die objektbezogenen Daten vorübergehend gespeichert und innert angemessener Frist wieder gelöscht. Die auf der Datendrehscheibe gespeicherten Daten werden spätestens nach sieben Tagen, die im Informationssystem gespeicherten Sitzungsdaten spätestens 24 Stunden nach Beendigung der Sitzung gelöscht.

Abs. 2 Der Zugriff auf objektbezogene Daten beim Abruf über das Informationssystem Objektwesen wird protokolliert. Zugriffsprotokolle werden höchstens zwölf Monate aufbewahrt und ausschliesslich für Sicherheits- und Revisionszwecke verwendet.

Für die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) spricht

Kommissionspräsident Michael Kurmann.

Michael Kurmann: Dieser sehr detaillierte Antrag lag der RUEK in dieser Form nicht vor. Ich bin bereit, diesen Antrag ebenfalls in die Kommission zurückzunehmen.

In der Gesamtabstimmung stimmt der Rat dem Gesetz über die Datendrehscheibe und das Informationssystem Objektwesen (OWG), wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 88 zu 25 Stimmen zu.